

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 26/2001
Viola Neu

PolitikKompass

Das Rennen der kleinen Parteien

- Wer wird dritte Kraft?
- Moralische Grenzen der Embryonenforschung

Sankt Augustin, Juni 2001

Ansprechpartner:

Dr. Stephan Eisel
Leiter der Hauptabteilung
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“
Telefon: 0 22 41/246-630
E-Mail: stephan.eisel@kas.de

Viola Neu
Leiterin des Teams „Politische Kommunikation,
Parteien- und Meinungsforschung“
Telefon: 0 30/2 69 96-249
E-Mail: viola.neu@kas.de

Postanschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

1. Das politische Klima¹

Auch im Mai zeichnet sich das allgemeine Klima durch große Stabilität aus. Nach der Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen hat sich das politische Klima für die Union geringfügig verschlechtert. Sie würde 2 Prozentpunkte gegenüber dem Vormonat verlieren; die FDP könnte 2 Prozentpunkte hinzugewinnen. Die Grünen hätten geringe Verluste zu verzeichnen (-1 Punkt), SPD und PDS würden sich im Vergleich zum Vormonat nicht verändern. Auch bei den Umfragen der anderen Institute sind die Veränderungen gegenüber dem Vormonat gering. Außer bei dem Institut für Demoskopie Allensbach, das sowohl die CDU/CSU als auch die SPD mit schlechteren Ergebnissen in der Sonntagsfrage misst, weichen die Erhebungen der anderen Institute für die Union und die SPD kaum von einander ab.

Entwicklung der Wähleranteile im Mai - Bundesgebiet insgesamt -				
	Infratest dimap	Forschungsgruppe Wahlen	Institut für Demoskopie Allensbach	Emnid
CDU/CSU	35 (-1)	36 (-2)	33,6 (+0,7)	36 (+/-0)
SPD	41 (+2)	41 (+/-0)	38,1 (-1,1)	41 (+1)
Bündnis 90/Die Grünen	7 (+/-0)	5 (-1)	7,9 (+0,2)	7 (+1)
FDP	8 (+/-0)	8 (+2)	10,2 (+/-0)	7 (+/-0)
PDS	5 (+/-0)	5 (+/-0)	5,7 (+/-0)	5 (+/-0)
REP (bzw. Rechte)			2,0 (+0,2)	3 (-1)
Sonstige	4 (-1)	5 (+1)	2,5 (+/-0)	1 (-1)
Angaben in % der Wähler; Angaben in Klammern: vgl. Vormonat Infratest dimap (26. April – 2. Mai 2001) Forschungsgruppe Wahlen (14. Mai – 17. Mai 2001) Institut für Demoskopie Allensbach (26. April – 8. Mai 2001) Emnid (n-tv vom 6. Mai 2001)				

2. Wer wird dritte Kraft?

Die kleinen Parteien konkurrieren nicht nur um die Frage, wer die dritte Kraft wird. Eng damit verbunden ist auch die Koalitionsfrage bei der nächsten Bundestagswahl. Wenn keine der beiden Volksparteien die absolute Mehrheit gewinnt und die SPD mit dem Auftrag der Regierungsbildung versehen würde, rechnet sich jede der kleinen Bundestagsparteien Chancen auf eine Beteiligung an einer Koalition aus. Daher ist es nicht verwunderlich, dass

¹ Dieser Auswertung liegen folgende Umfragen zugrunde: Infratest dimap, Deutschland Trend Mai 2001; Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Mai 2001; Emnid, ntv vom 6. Mai 2001; Institut für Demoskopie Allensbach, in FAZ vom 16. Mai 2001; Verdrängt die FDP die Grünen?, in FAZ vom 18. April 2001

alle kleinen Parteien Studien in Auftrag gegeben haben, um herauszufinden, wo ihre Wählerpotentiale liegen.

Die FDP befindet sich derzeit in einer Phase des Aufschwungs. In der aktuellen politischen Stimmung (nicht in der Wahlabsicht) liegt die FDP derzeit 4 Punkte vor den Grünen und erzielt 10 Prozent; die Grünen erzielen 6 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer, Mai 2001). Damit korrespondieren auch die Erwartungen der Bundesbürger, welche der beiden Parteien in Zukunft eine größere Rolle spielen wird. 54 Prozent erwarten dies von der FDP, 38 Prozent von den Grünen (Infratest dimap, Mai 2001):

Die von Möllemann protegierte Strategie, 2002 mit einem eigenen Kanzlerkandidaten in die Wahl zu ziehen halten 36 Prozent der Deutschen für eine gute Idee. In der eigenen Anhängerschaft begrüßen 67 Prozent den Vorschlag (Infratest dimap, Mai 2001).

Die „Gretchenfrage“ für die FDP ist die Koalitionsfrage. Nach der derzeitigen Strategie, scheint die FDP eher ohne Koalitionsaussage den Wahlkampf bestreiten zu wollen, was gegenüber der SPD eine gewisse Offenheit signalisiert. Die Hälfte der Bundesbürger sind der Ansicht, dass die Liberalen sich zu einem Koalitionspartner bekennen sollten. In der FDP-Anhängerschaft dominiert eine andere Haltung. 64 Prozent der FDP-Anhänger sind der Ansicht, dass die FDP sich nicht zu einem Koalitionspartner bekennen sollte. Doch sind sich sowohl die Wahlberechtigten, als auch die FDP-Anhänger einig: Wenn die FDP eine Koalition eingehen sollte, dann mit der CDU/CSU (49 Prozent: Gesamt; 54 Prozent: FDP-Anhänger). Die sozialliberale Variante wird jeweils nur von einem knappen Drittel befürwortet (Infratest dimap, Mai 2001).

Zu anderen Ergebnissen kommt eine Studie, die sich auf Schleswig-Holstein beschränkt. In einer von der FDP-Fraktion in Auftrag gegebenen Studie, hofft die FDP vor allem Wähler, die mit rot-grün unzufrieden sind, für sich mobilisieren zu können. Im April 2001 hätten sich 43 Prozent der Wahlberechtigten für eine sozialliberale Koalition ausgesprochen, im Februar 2000 hätte der Anteil bei 28 Prozent gelegen. Unter den FDP-Wählern würden 80 Prozent rot-gelb favorisieren (Infratest dimap, in: Kieler Nachrichten vom 3.5.2001).

Die Grünen scheinen derzeit in der Frage, wer dritte Kraft wird, von der FDP überrundet zu werden. Bei allen Wahlen seit 1998 mussten die Grünen Verluste hinnehmen. Auch die Regierungsarbeit der Grünen wird eher negativ beurteilt. Hauptproblem der Partei ist, dass sie nach wie vor gegen ihr Single-Issue-Image ankämpft. Den Grünen ist es nicht gelungen, in

ökonomischen Fragen als kompetent wahrgenommen zu werden.² Weder in der Beurteilung der Bevölkerung noch in der Anhängerschaft der Grünen, werden sie als wirtschaftlich kompetent angesehen. In der Bevölkerung bestätigt ein Prozent den Grünen wirtschaftspolitischen Sachverstand, in der eigenen Anhängerschaft sind es 7 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen, in: Die Welt vom 4.5.2001). Problematisch ist auch, dass das Wählerpotential der Grünen nur auf einer kleinen Stammwählerschaft aufbaut. Nach dieser Studie sind es 3,5 Prozent. Ein weiteres Prozent würde bei der nächsten Bundestagswahl zwar grün wählen, zeigt aber keine verlässliche Bindung an die Partei. Weitere 4,5 Prozent fühlen sich zwar an die Grünen gebunden, aber ohne sie derzeit zu wählen. Somit läge das maximale Wählerpotential der Grünen derzeit bei 9 Prozent, wobei immerhin 34 Prozent der Bundesbürger eine Neigung zu den Grünen äußern. Das erreichbare Wählerpotential liegt dieser Studie zufolge für die Grünen überwiegend bei der SPD (Forschungsgruppe Wahlen, in: Frankfurter Rundschau vom 4.5.2001).

Dennoch können die Grünen bei einigen Parteikompetenzen von dem positiven Image ihrer Minister profitieren. So wird ihnen bei dem Thema „Den Verbraucherschutz vorantreiben“ von 24 Prozent der Wahlberechtigten zugetraut, diese Aufgabe am ehesten zu lösen. Allerdings schneiden sie hier im Vergleich zum Januar um 5 Punkte schlechter ab. Auch trauen 11 Prozent der Wahlberechtigten den Grünen zu, eine verlässliche Außenpolitik zu betreiben, was zwar als Anerkennung der Politik von Außenminister Fischer gewertet werden kann, jedoch nicht relevant für die Wahlentscheidung ist. Leicht aufholen konnten die Grünen im Vergleich zum November 2000 auch bei dem Thema „Eine gute Ausländer- und Asylpolitik“ zu betreiben. Allerdings ist auch dies ein Themenfeld, das klassischerweise mit den Grünen assoziiert wird, soweit es sich um Fragen der Integration von Ausländern handelt. Auch hier erschließen sich für die Grünen keine neuen Kompetenzfelder (Infratest dimap, Mai 2001).

Auch die PDS hat eine Umfrage durchgeführt. Allerdings nicht nur um ihre Wählerpotentiale zu messen, sondern auch um die Stimmung in der Mitgliedschaft und ihre Mobilisierungskraft zu messen. Die PDS konnte ihre Wähleranteile auf Bundesebene etwa stabilisieren. Dies bedeutet, dass sie immer von der 5-Prozent-Hürde bedroht ist und ihr Wiedereinzug in den Bundestag daher akut gefährdet ist. Dass für die PDS aufgrund der starken Überalterung der Mitglieder zunehmend Probleme bei der Organisation und Durchführung von Wahlkämpfen entstehen, zeichnet sich schon seit 1990 ab. Der PDS ist es nicht gelungen, den negativen Trends entgegenzuwirken. Die Überalterung sowie die Schrumpfung schreiten konstant voran: 50 Prozent der Mitglieder in den neuen Ländern sind

² Im Auftrag des Bundesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen hat die Forschungsgruppe Wahlen 2000 Wahlberechtigte im Januar 2001 befragt. Aufgrund der geringen Größe der Grünen, ist auch bei einer Umfrage unter 2000 Wahlberechtigten die Stichprobe eher als klein zu bewerten, wobei das Problem, präzise Aussagen über die Potentiale der kleineren Parteien zu treffen, insgesamt besteht.

über 70 Jahre alt; der Anteil der unter 40-jährigen liegt bei 2,8 Prozent. Auch wenn die Altersstruktur in den neuen Ländern weitaus günstiger ist, kann dies nicht als Silberstreifen am Horizont bewertet werden, da gerade ca. 4.000 Mitglieder aus dem Westen stammen (Süddeutsche Zeitung vom 19.05.2001). Allerdings kann man aufgrund der Altersstruktur der PDS-Mitglieder nicht die Schlussfolgerung ziehen, dass auch die PDS-Wähler überaltert seien. Hier zeigt sich vielmehr, dass die PDS eine relativ ausgewogene Altersstruktur hat.

In einer im März vorgestellten Studie³ beschäftigt sich die PDS mit ihren Wählerpotentialen. Sie kommt da u.a. zu der Schlussfolgerung, dass sie sich stärker auf die Mitte hin orientieren muss, wenn ihre politischen Chancen ausgebaut werden sollen. Zum wesentlichen Potential werden diejenigen gezählt, die für „tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen gewinnbar“ erscheinen. Ziel sei es, Frauen aus dem Nichtwähler-Potential zu mobilisieren und dort vor allem arbeitslose und alleinerziehende Frauen, sowie Frauen mit gesellschaftskritischen linken Einstellungen.

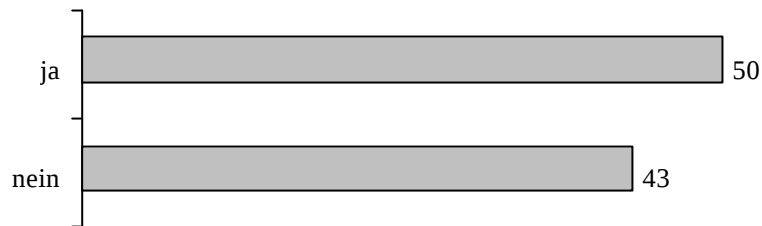
3. Moralische Grenzen für Embryonenforschung

Die Debatte um die Grenzen und den Nutzen der Embryonenforschung wurde in den letzten Monaten zunehmend geführt. Die Abwägung zwischen ethischen Grenzen und wirtschaftlichem und technologischem Fortschritt stellt für alle Parteien ein Problem dar. Jüngst haben die widersprüchlichen Positionen von Johannes Rau und Gerhard Schröder diesen Konflikt erneut verdeutlicht. Die aktuelle Meinung der Bundesbürger ist hierzu klarer. Die Frage, ob es in der Debatte um die Gentechnik wichtiger sei moralische Fragen zu klären als Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern, bejahten 70 Prozent der Bundesbürger (Emnid, in: Die Welt 29.5.2001; 500 Befragte). Hier zeigt sich, dass der Schutz des Lebens für die Bürger ein wichtiges Gut ist. Die Hälfte der Bundesbürger ist der Meinung, dass ein drei Tage alter Embryo ein vollständiger Mensch ist, der mit allen Schutzrechten des Menschen ausgestattet ist. Klonen von verstorbenen Kindern lehnen drei Viertel der Deutschen ab. Anders sieht es aber aus, wenn es um rein medizinische Aspekte geht. Dass ein Arzt einen Embryo schon im Frühstadium auf Krankheiten testen darf, sagen 63 Prozent der Deutschen. Damit erfährt die PID eine breite Unterstützung. Auch auf die Frage, ob man selbst einen Gentest machen würde, um festzustellen, ob man eine schwere Krankheit bekommt, antworten 55 Prozent mit ja. Widersprüchlich ist allerdings die Haltung zur

³ Dietmar Wittich: Soziale Differenzierung und politische Strukturen. Analysen zur Ermittlung von Zielgruppen für sozialistische Politik und Bildung, Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), Berlin, Februar 2001. Die Potentialbestimmung folgt einer inhaltlichen Aufgliederung der Gesellschaft nach dem Grad des Wunsches nach grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen und der Akzeptanz des Sozialismus. Da die PDS aber auch aus nicht inhaltlich motivierten Gründen (z.B. Protest) gewählt wird, ist die Analyse wenig aufschlussreich.

Embryonenforschung, um Krankheiten wie Krebs zu behandeln. Hier sind 67 Prozent für ein Verbot. Diese eigentlich keiner inneren Logik folgenden Antworten, deuten darauf hin, dass es sich bei den Haltungen zur Gentechnologie noch nicht um ein gefestigtes Wertebild und Meinungsklima handelt. Es ist vielmehr zu erwarten, dass im Laufe der Debatte noch deutliche Schwankungen im Meinungsklima erfolgen.

Ist ein drei Tage alter Embryo ein vollständiger Mensch?

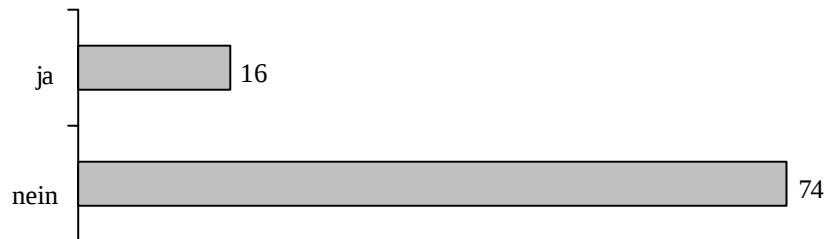


Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht

Angaben in %, Grundgesamtheit: 1.100 Befragte

dimap „Auch ein Embryo ist ein Mensch“, Bild Zeitung vom 18. Mai 2001

Darf man ein verstorbenes Kind klonen?

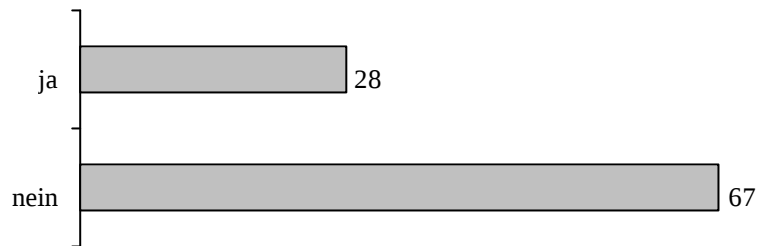


Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht

Angaben in %, Grundgesamtheit: 1.100 Befragte

dimap „Auch ein Embryo ist ein Mensch“, Bild Zeitung vom 18. Mai 2001

Darf man mit Embryonen forschen, um Krankheiten wie Krebs zu behandeln?

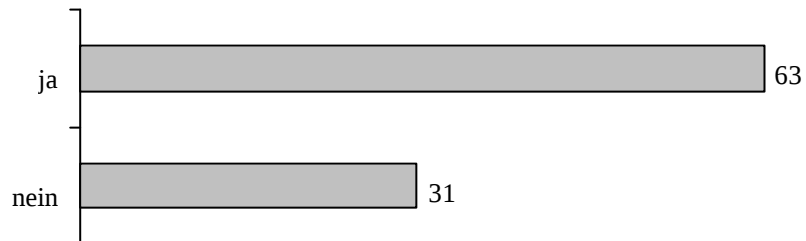


Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht

Angaben in %, Grundgesamtheit: 1.100 Befragte

dimap „Auch ein Embryo ist ein Mensch“, Bild Zeitung vom 18. Mai 2001

Sollte ein Arzt einen Embryo schon im Frühstadium auf Krankheiten testen dürfen?

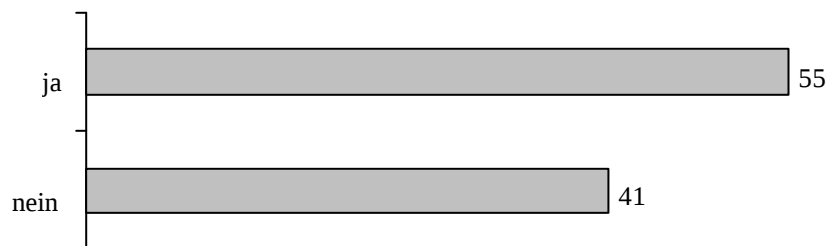


Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht

Angaben in %, Grundgesamtheit: 1.100 Befragte

dimap „Auch ein Embryo ist ein Mensch“, Bild Zeitung vom 18. Mai 2001

Würden Sie selbst einen Gentest machen, um festzustellen, ob Sie eine schwere Krankheit bekommen?



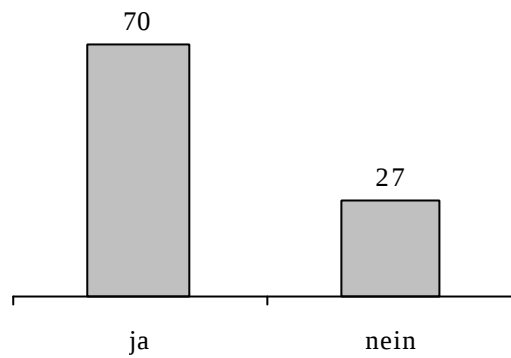
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht

Angaben in %, Grundgesamtheit: 1.100 Befragte

dimap „Auch ein Embryo ist ein Mensch“, Bild Zeitung vom 18. Mai 2001

Gentechnik: Moral gegen Wohlstand?

Ist es in der Debatte um die Gentechnik wichtiger, moralische Fragen zu klären, als Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern?

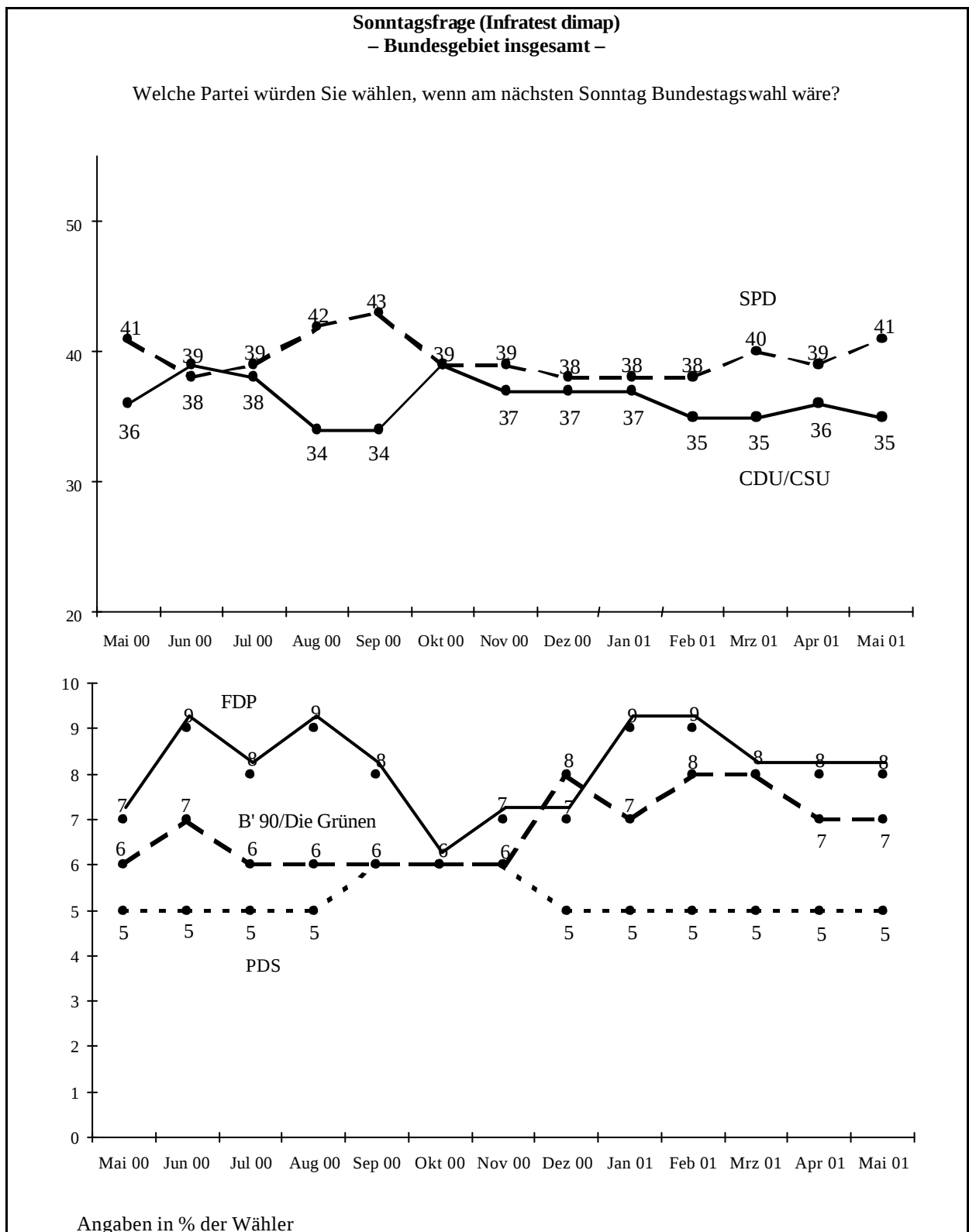


Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht

Angaben in %, Grundgesamtheit: 500 Befragte

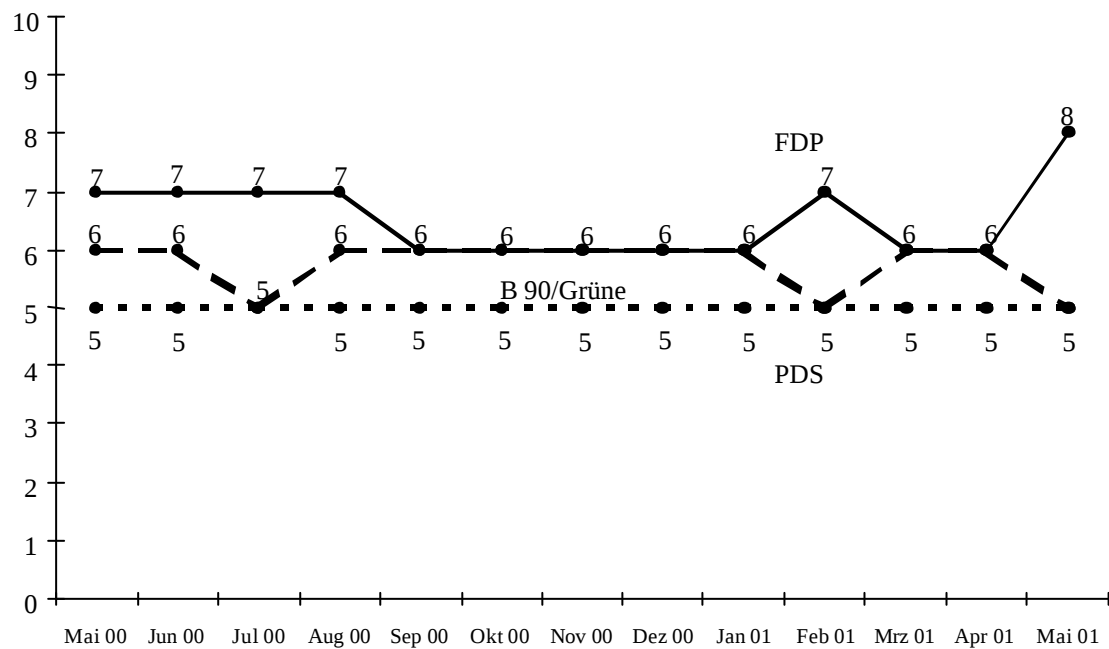
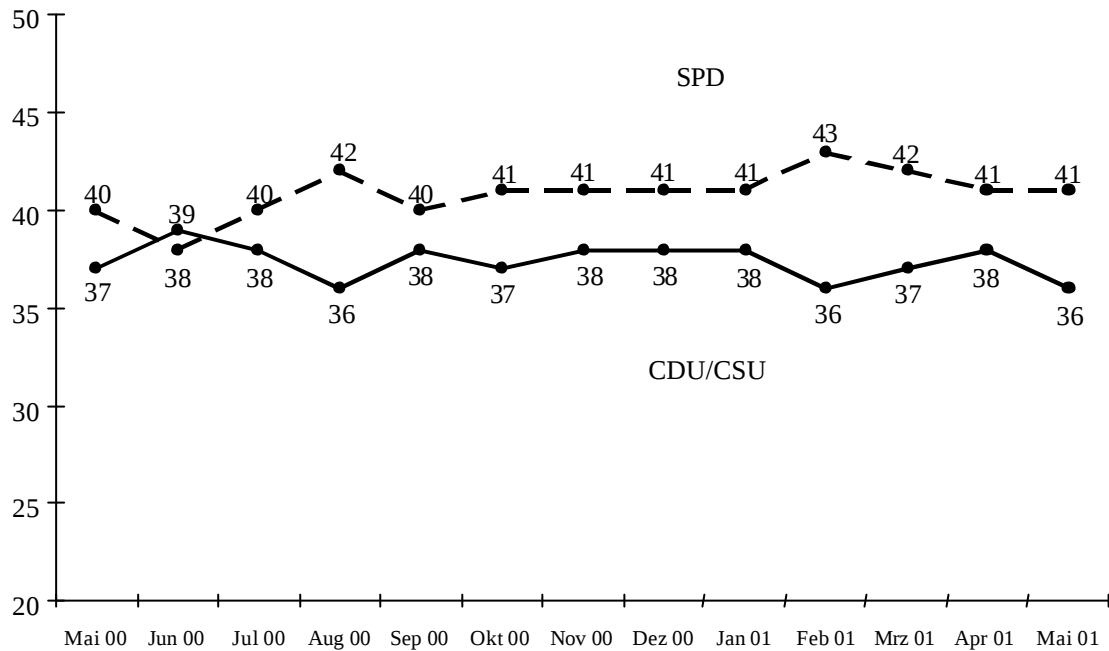
Emnid/epinion „Moral geht den Deutschen vor Fortschritt“, Die Welt vom 29. Mai 2001

Anhang:

Zusammenschau langfristiger Trends

Sonntagsfrage (Forschungsgruppe Wahlen) - Bundesgebiet insgesamt -

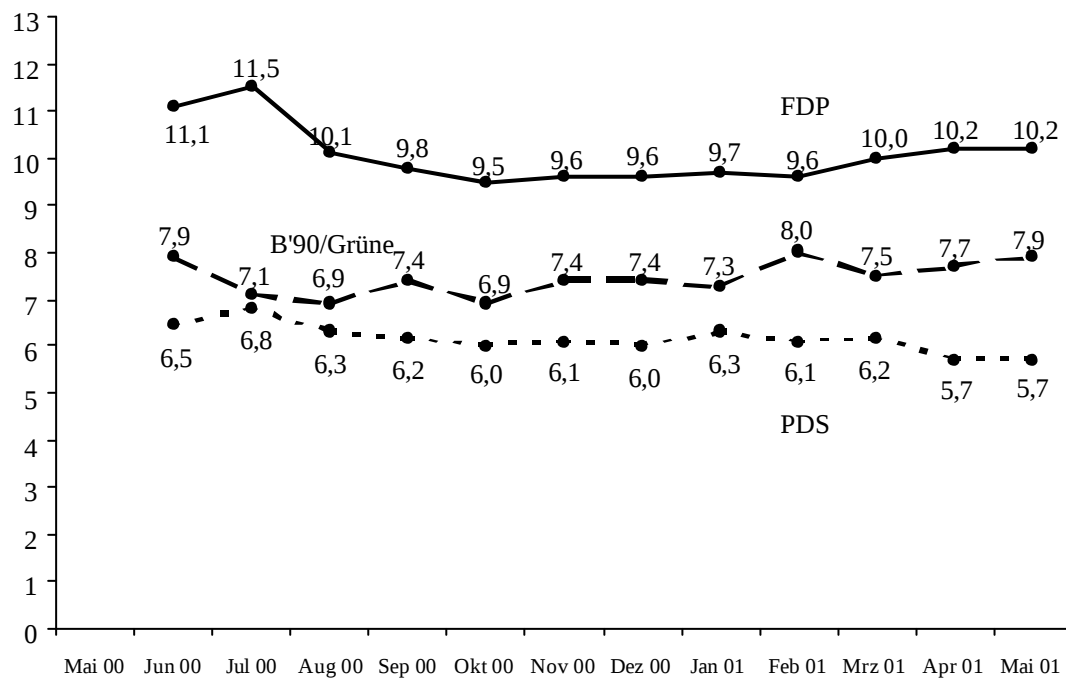
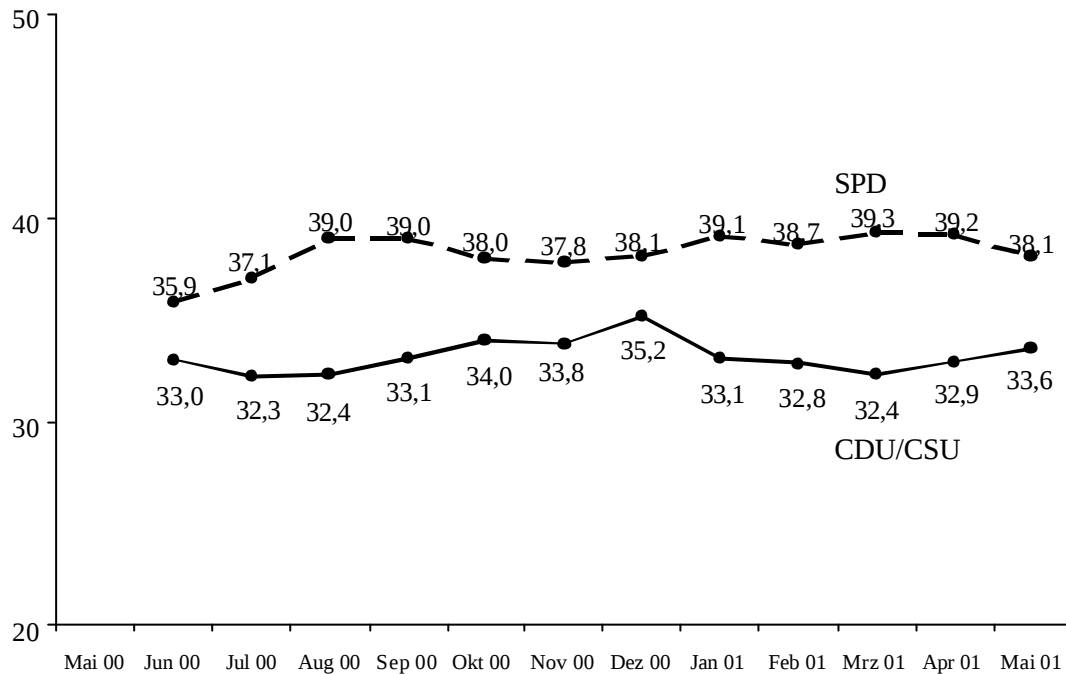
Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre...



Angaben in % der Wähler

Sonntagsfrage (Institut für Demoskopie Allensbach) - Bundesgebiet insgesamt -

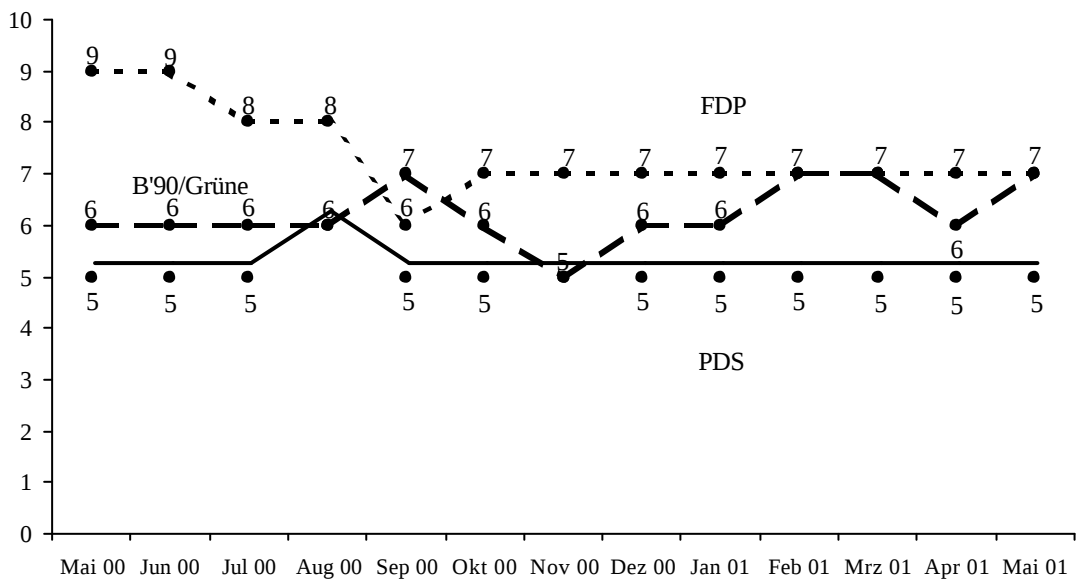
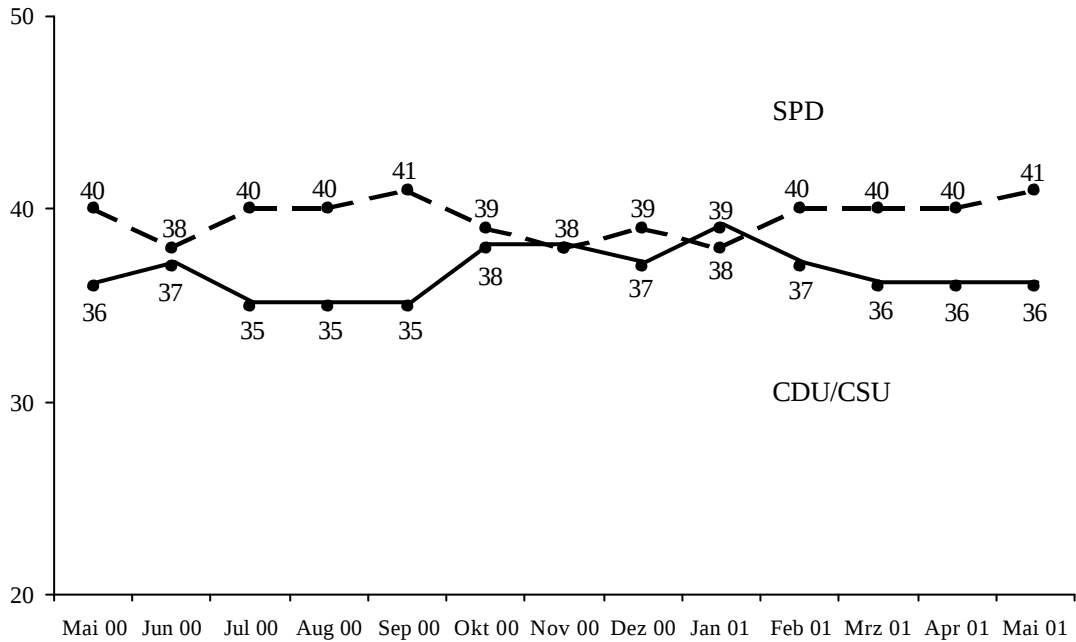
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen?



Angaben in % der Wähler

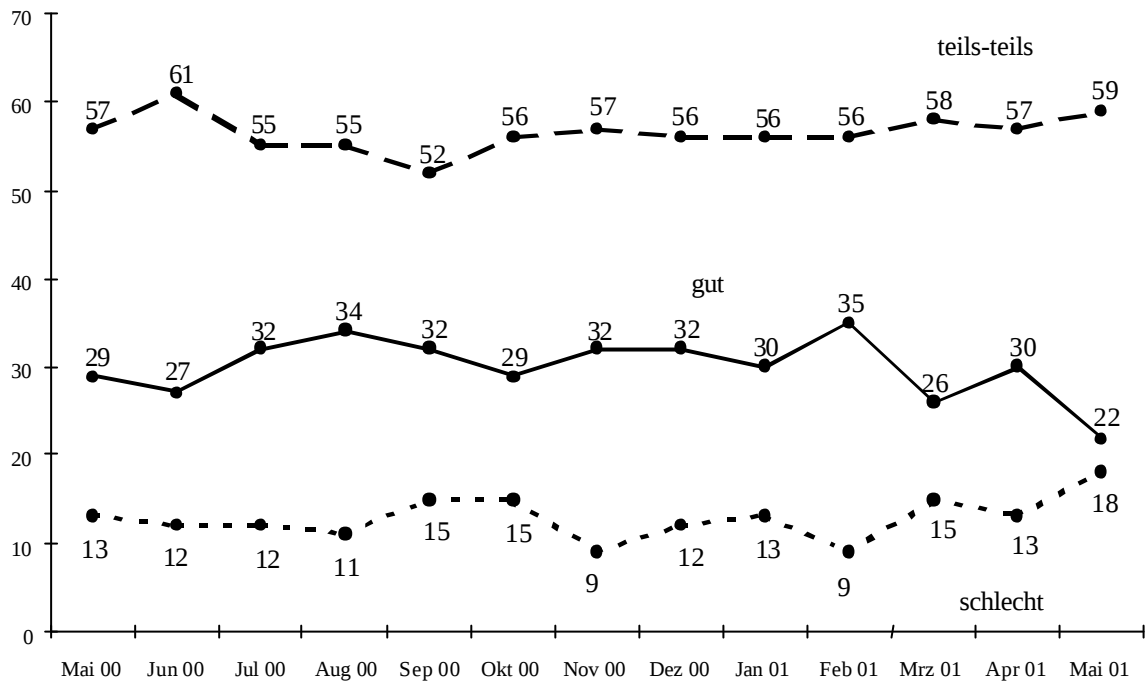
Sonntagsfrage (Emnid) - Bundesgebiet insgesamt -

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären?



Angaben in % der Wähler

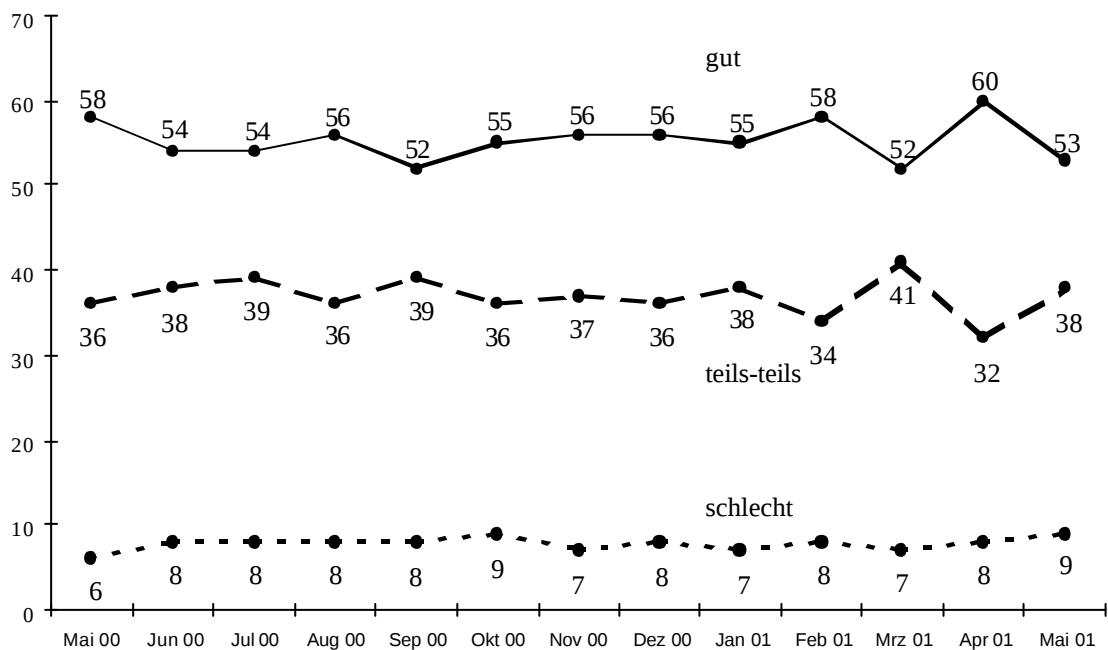
Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage



Angaben in %
Forschungsgruppe Wahlen

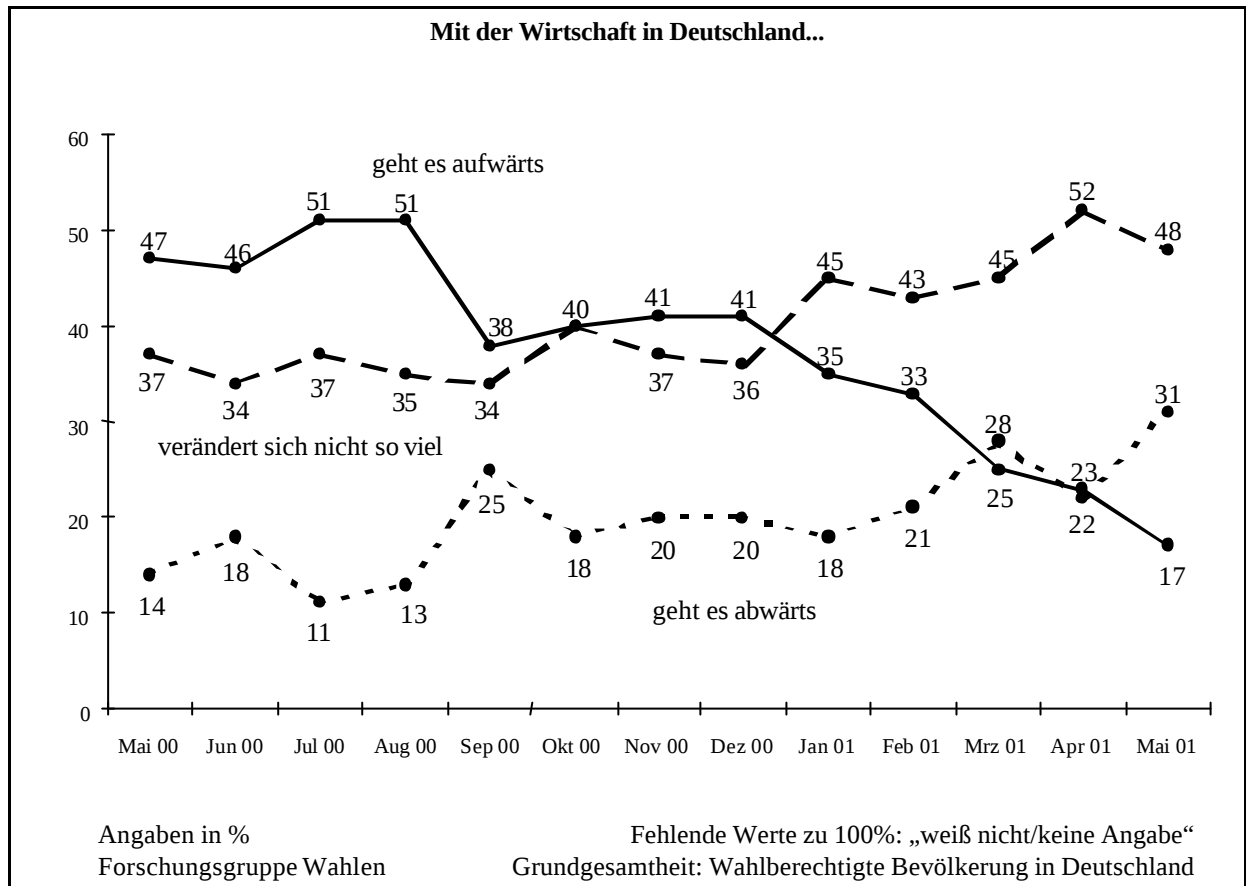
Fehlende Werte zu 100%: „weiß nicht/keine Angabe“
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage



Angaben in %
Forschungsgruppe Wahlen

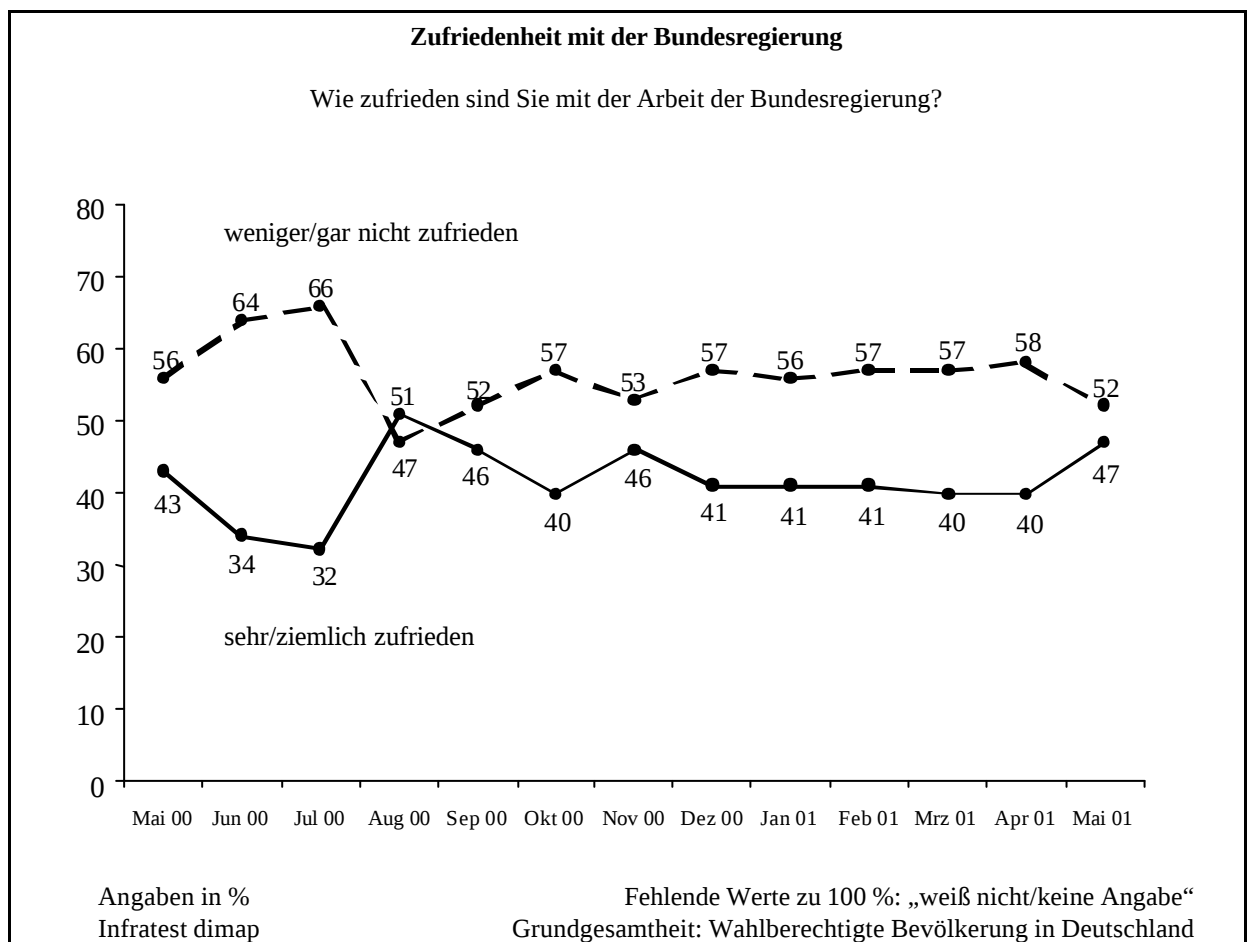
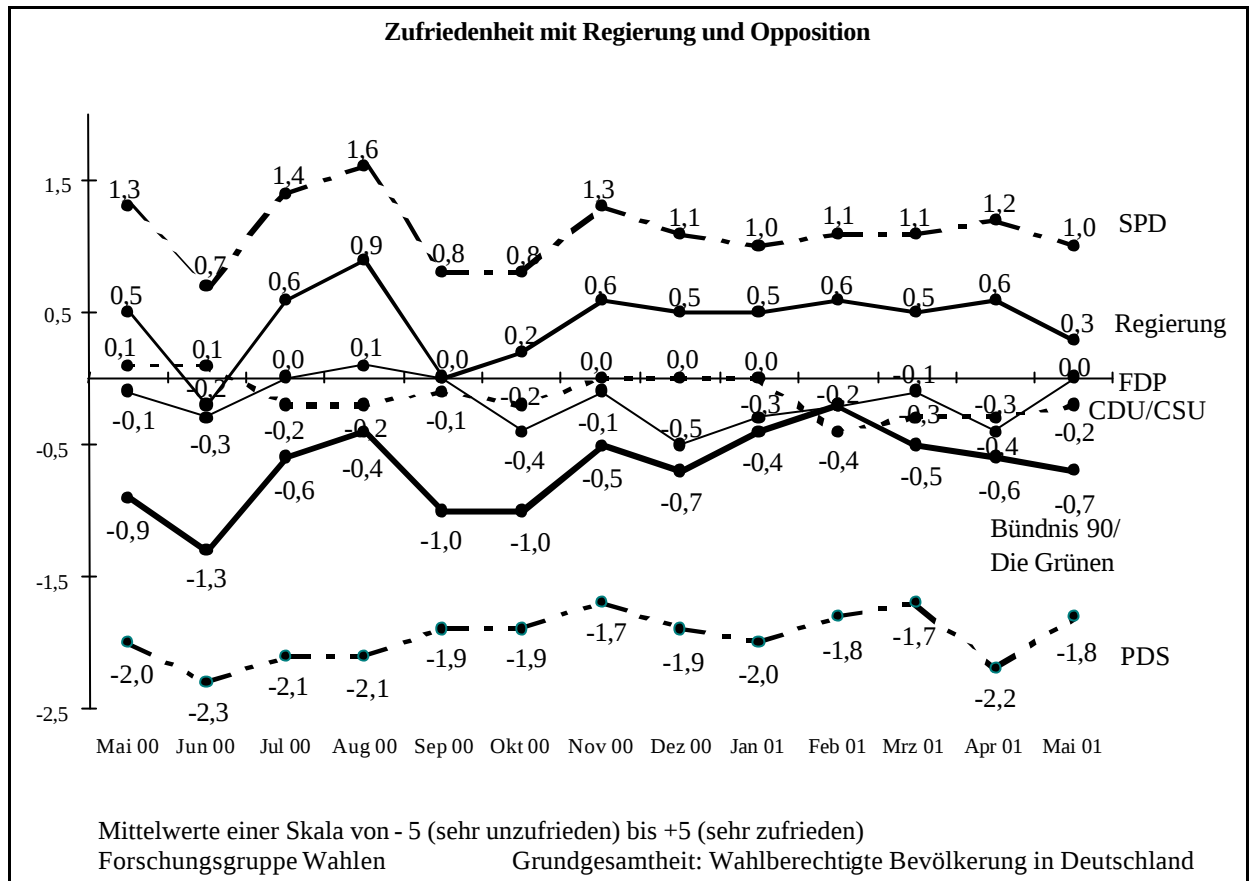
Fehlende Werte zu 100%: „weiß nicht/keine Angabe“
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

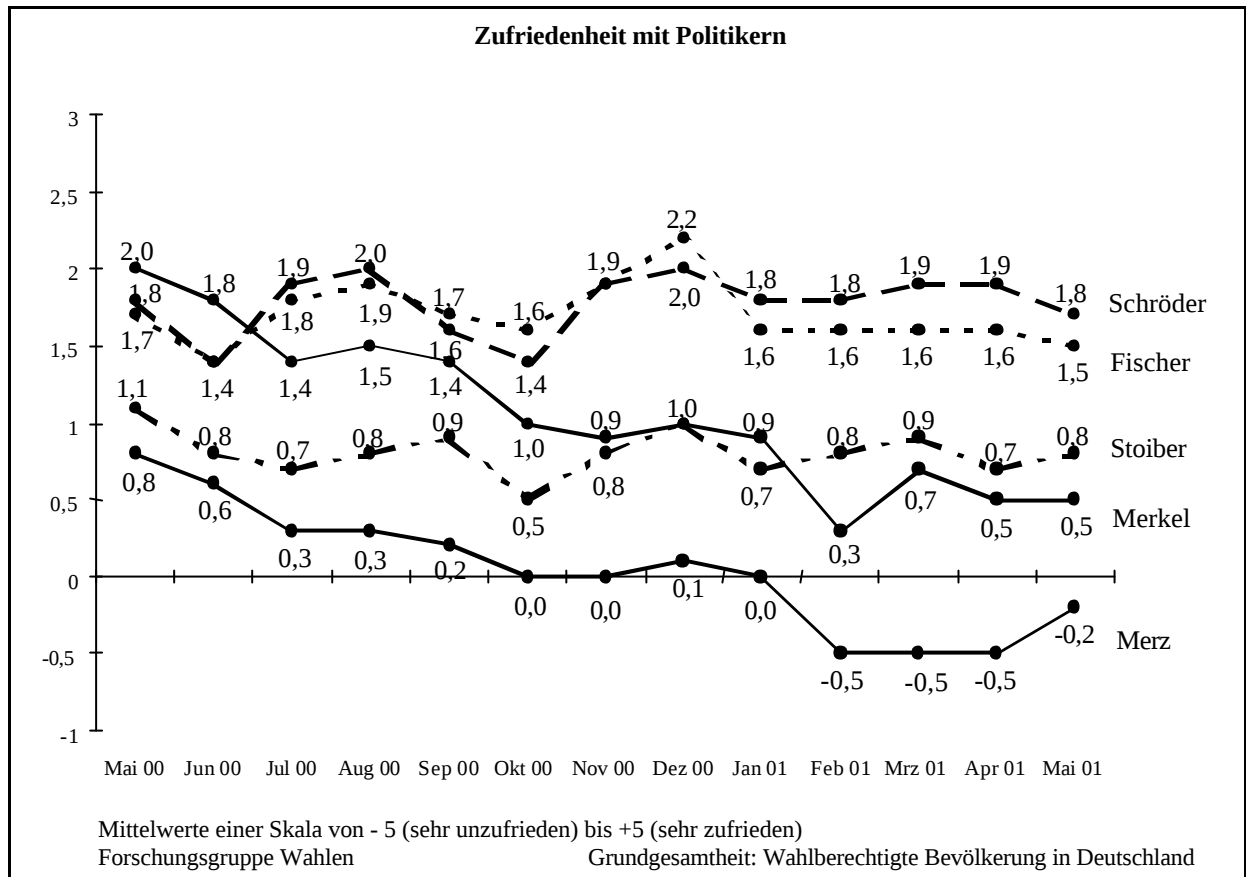


Wichtigkeit politischer Probleme (- spontane, offene Nennung -)														
In welchen politischen Bereichen gibt es Ihrer Meinung nach zur Zeit die meisten politischen Probleme?														
	Mai 00	Jun 00	Jul 00	Aug 00	Sep 00	Okt 00	Nov 00	Dez 00	Jan 01	Feb 01	Mrz 01	Apr 01	Mai 01	
BSE/MKS/Lebensmittel								13	59	46	34	27		
Arbeitslosigkeit	67	58	55	52	38	46	44	46	37	40	46	44	55	
Rechtsradikale		2	5	35	13	23	24	22	12	11	11	12	9	
Renten/Alter	7	17	21	14	12	11	19	14	12	13	8	12	17	
Steuern/Benzinpreise/Energie	7	18	16	11	48	22	12	12	5	5	6	5	13	
Asyl/Ausländer	13	13	11	10	8	14	15	13	7	5	8	9	9	
Politiker-Affären/Spenden	10	6	11	7	6	6	7	6	8	11	7	7	7	
Umweltschutz	8	10	4	6	4	5	5	4	4	5	5	11	7	
Kriminalität	6	6	5	4	4	4	5	5	4	3	8	5	5	
EU/EURO	4	4		2	5	6	5	6						
Gesundheitswesen	4							3	4					
Schule/Bildung	5	4	2	3										
Familie/Kinder/Jugend		3	4	4					3	3	3	6	8	
Wirtschaftslage	4	4								2	3			
Kosten/Preise/Löhne												2	7	

Angaben in %; Mehrfachnennungen möglich; Forschungsgruppe Wahlen

Parteikompetenzen im Längsschnitt						
Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei in Deutschland Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen?						
		5/2000	8/2000	11/2000	2/2001	5/2001
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen						
	CDU/CSU	26	23	27	30	28
	SPD	45	51	46	42	43
	Diff.	-19	-28	-19	-12	-15
Wirtschaftsstandort Deutschland sichern						
	CDU/CSU	41	35	39	40	40
	SPD	36	42	35	33	34
	Diff.	+5	-7	+4	+7	+6
Gute Steuerpolitik betreiben						
	CDU/CSU	28	25	31	28	28
	SPD	42	45	35	38	37
	Diff.	-14	-20	-4	-10	-9
Gute Umweltpolitik betreiben						
	CDU/CSU		14	17		
	SPD		22	22		
	Diff.		-8	-5		
Für soziale Gerechtigkeit sorgen						
	CDU/CSU	20	19	22	18	19
	SPD	47	48	45	46	46
	Diff.	-27	-29	-23	-28	-27
Kriminalität und Verbrechen bekämpfen						
	CDU/CSU	39	41	43	37	37
	SPD	27	28	25	29	27
	Diff.	+12	+13	+18	+8	+10
Altersversorgung langfristig sichern						
	CDU/CSU		29	30	30	26
	SPD		37	33	33	36
	Diff.		-8	-3	-3	-10
Gute Ausländer- und Asylpolitik betreiben						
	CDU/CSU	28	25	27		25
	SPD	34	37	35		34
	Diff.	-6	-12	-8		-9
Eine verlässliche Außenpolitik betreiben						
	CDU/CSU	35	29	33	30	28
	SPD	36	39	37	35	37
	Diff.	-1	-10	-4	-3	-9
Zukunftsprobleme Deutschlands lösen						
	CDU/CSU	28	25	29	28	
	SPD	34	38	31	31	
	Diff.	-6	-13	-2	-3	
Gute Gesundheitspolitik betreiben						
	CDU/CSU	25			24	
	SPD	36			31	
	Diff.	-11			-7	
Verbraucherschutz vorantreiben						
	CDU/CSU				15	17
	SPD				29	32
	Diff.				-14	-15
Den Wohlstand der Bürger sichern						
	CDU/CSU					33
	SPD					34
	Diff.					-1
Angaben in %; Infratest dimap						



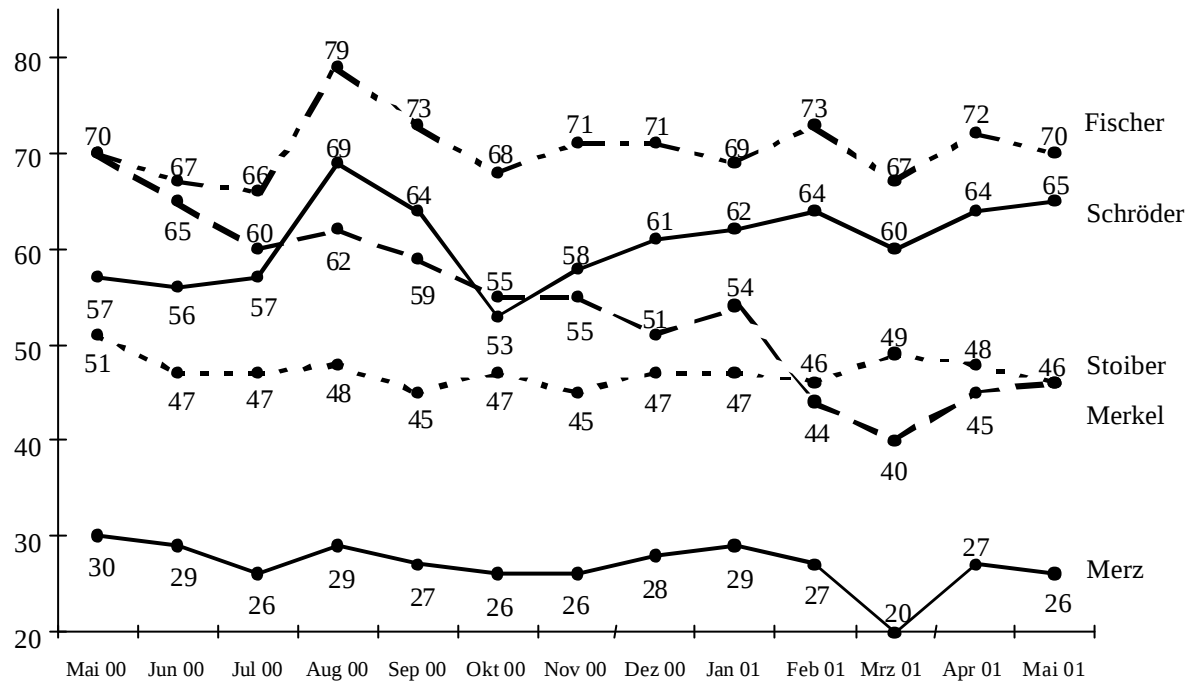


Zufriedenheit mit Politikern												
	Merkel	Merz	Stoiber	Schröder	Eichel	Riester	Scharping	Fischer	Trittin	Möller	Westerwelle	Künast
Feb 00	1,1		0,6	1,4	0,9		0,8	1,7				
Mrz 00	1,7		0,9	1,6	1,1		0,8	1,6				
Apr 00	2,4		0,9	1,6	1,0		0,7	1,6				
Mai 00	2,0	0,8	1,1	1,8	1,3		0,9	1,7				
Jun 00	1,8	0,6	0,8	1,4	0,8		0,7	1,4				
Jul 00	1,4	0,3	0,7	1,9	1,2		0,7	1,8	-0,8	-0,1		
Aug 00	1,5	0,3	0,8	2,0	1,7		0,8	1,9	-0,6	-0,1		
Sep 00	1,4	0,2	0,9	1,6	1,0		0,5	1,7	-1,1	-0,1		
Okt 00	1,0	0,0	0,5	1,4	0,9	0,0	0,4	1,6	-1,0	-0,5		
Nov 00	0,9	0,0	0,8	1,9	1,2	0,4	0,8	1,9	-0,5	-0,1		
Dez 00	1,0	0,1	1,0	2,0	1,1	0,3	0,6	2,2	-0,6	-0,4		
Jan 01	0,9	0,0	0,7	1,8	0,9	0,1	0,4	1,6			0,3	0,3
Feb 01	0,3	-0,5	0,8	1,8	1,1	0,2	0,2	1,6			0,4	1,3
Mrz 01	0,7	-0,5	0,9	1,9	1,0	0,2	0,1	1,6			0,4	1,6
Apr 01	0,5	-0,5	0,7	1,9	1,2		0,3	1,6	-1,3		0,2	1,5
Mai 01	0,5	-0,2	0,8	1,7	1,0		0,2	1,5	-1,0		0,8	1,2

Mittelwerte einer Skala von - 5 (sehr unzufrieden) bis +5 (sehr zufrieden)
Forschungsgruppe Wahlen Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Zufriedenheit mit Politikern

Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der folgenden Politiker?



Angaben in %; Anteile sehr/ ziemlich zufrieden

Infratest dimap

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Zufriedenheit mit Politikern

	Merkel	Merz	Stoiber	Trittin	Schröder	Eichel	Riester	Fischer	Westerwelle	Künast	Zimmer	Möller
Feb 00	56		48		58	53		77				
Mrz 00	62	25	44		59	46		68				
Apr 00	70	25	47	26	59	45		72				
Mai 00	70	30	51		57	50		70				
Jun 00	65	29	47		56	43		67				
Jul 00	60	26	47	22	57	45		66				
Aug 00	62	29	48		69	57		79		20		
Sep 00	59	27	45		64	59		73				
Okt 00	55	26	47		53	45	30	68				
Nov 00	55	26	45		58	47	30	71			8	
Dez 00	51	28	47		61	48	31	71			9	
Jan 01	54	29	47		62	47	32	69	42		9	23
Feb 01	44	27	46		64	50	34	73	40		10	
Mrz 01	40	20	49	30	60	45	30	67	35	50	8	
Apr 01	45	27	48	21	64	52		72	40	58	8	
Mai 01	46	26	46		65	49	36	70	43	60	13	25

Angaben in %; Anteile sehr/ziemlich zufrieden

Infratest dimap

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland